SCHWEIZERISCHE FLÜCHTLINGSHILFE
www.fluechtlingshilfe.ch

China: Situation uigurischer Menschen

Auskunft der SFH-Länderanalyse

Bern, 16. Mai 2024

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH)
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
IBAN : CH92 0900 0000 3000 1085 7

Sprachversionen
Deutsch

COPYRIGHT
© 2024 Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 4

2 Uigur*innen: Massenhaftes «Verschwindenlassen» von Personen 4

3 Xinjiang: Weiterhin weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen 5

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expertinnen und Experten und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Welche Informationen sind über die aktuelle Situation uigurischer Menschen in China, insbesondere in Xinjiang, verfügbar?

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) beobachtet die Entwicklungen in China seit mehreren Jahren.[1] Aufgrund von Auskünften von Expertinnen und Experten und eigenen Recherchen nimmt die SFH zu den Fragen wie folgt Stellung:

2 Uigur*innen: Massenhaftes «Verschwindenlassen» von Personen

Kampagne «Strike hard» und gewaltsames «Massenverschwinden». In ihrem Jahresbericht 2018 berichtet die *Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen (UNO) für erzwungenes oder unfreiwilliges «Verschwindenlassen» von Personen* von einem «alarmierenden» Anstieg der Fälle aus der autonomen Region Xinjiang im Jahr 2017, nachdem die chinesische Regierung in der Region «Umerziehungs»-Lager errichtet hatte.[2] Die *Gruppe* berichtet, dass Berichten zufolge 120'000 uigurische Personen in fünf Lager in der Präfektur Kashgar im Südwesten Xinjiangs geschickt wurden und dass bis März 2018 zwischen 880'000 und einer Million Menschen in diesen Lagern festgenommen und inhaftiert wurden.[3] In dem Bericht wird auch darauf hingewiesen, dass die inhaftierten Personen keiner formellen Anklage unterliegen würden und ihnen der Zugang zu Rechtsmitteln verwehrt würde. Sie würden auf unbestimmte Zeit festgehalten und von der Aussenwelt der Lager völlig isoliert bleiben.[4] Diese Vorwürfe des massenhaften Verschwindenlassens stehen im Zusammenhang mit den Antiterror- und Anti-Extremismus-Gesetzen und -Verordnungen der chinesischen Regierung, die zwischen 2014 und 2018 im Rahmen der nationalen Sicherheitskampagne «Strike hard» verabschiedet oder überarbeitet wurden.[5]

Mögliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit laut UNO. Nachdem die UNO seit Ende 2017 auf schwere Menschenrechtsverletzungen gegen uigurische Personen in Xinjiang aufmerksam gemacht wurden, beschloss die UNO, eine Bewertung der Lage vorzunehmen. Gemäss diesem Beschluss veröffentlichte das *Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights* (OHCHR) am 31. August 2022 seinen Bericht über die Bewertung von

1 https://www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslaenderberichte.

2 UN Human Rights Council (HRC), Rapport du Groupe de travail sur les disparitions forcées ou involontaires, A/HRC/39/46, 30. Juli 2018, Abs. 88; HRC, Communications, Case Reviews, Observations and Other Activities Conducted by the Working Group on Enforced or Involuntary Disappearance, A/HRC/WGEID/115/1, Annex I, 16. August 2018, para. 2.

3 HRC, Communications, Case Reviews, Observations and Other Activities Done by the Working Group on Forced or Uncontracted Disappearances, A/HRC/WGEID/115/1, Annex I, 16. August 2018, para. 3.

4 Ebenda, para. 4.

5 Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (OHCHR), OHCHR Assessment of human rights concerns in the Xinjiang Uyghur Autonomous Region, People's Republic of China, 31. August 2022, para. 16: https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/countries/2022-08-31/22-08-31-final-assessment.pdf.

Menschenrechtsbedenken in der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang.[6] Das Dokument kommt zu dem Schluss, dass das Ausmass der willkürlichen Verhaftungen und Misshandlungen im Rahmen der Anti-Terror- und Anti-Extremismus-Kampagne der chinesischen Regierung zwischen 2017 und 2019 und möglicherweise darüber hinaus gegen die uigurische Gemeinschaft und andere mehrheitlich muslimische Gemeinschaften «internationale Verbrechen, insbesondere Verbrechen gegen die Menschlichkeit, darstellen kann».[7]

3 Xinjiang: Weiterhin weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen

Universal Periodic Review: China leugnet das Ausmass der Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang. Die «Allgemeine Regelmässige Überprüfung» (*Universal Periodic Review*, UPR) ist eines der wichtigsten Instrumente und Verfahren des UN-Menschenrechtsrats, das regelmässig die Menschenrechtssituation in allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen bewertet. Es findet alle vier bis fünf Jahre in Genf statt und zielt darauf ab, die Fortschritte der Staaten im Bereich der Menschenrechte zu bewerten. Die UPR Chinas fand am 23. Januar 2024 statt. Während der Überprüfung betonte China seine wirtschaftliche Entwicklung[8] und begrüsste, dass es sein Ziel der Armutsbekämpfung aus der Agenda 2030 erreicht hat.[9] Es behauptete, den Bedürfnissen seiner Bevölkerung gerecht zu werden, indem es die Menschenrechte «gemäss den chinesischen Besonderheiten» anwendet, und leugnete das Ausmass der Menschenrechtsverletzungen, insbesondere in Xinjiang, die in den UNO-Berichten dokumentiert wurden.[10] Mehrere Empfehlungen, die beim UPR 2018 an China gerichtet wurden, betrafen Fälle von «Verschwindenlassen» und die Ratifizierung des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (2006 verabschiedet). Da sie von China nicht umgesetzt wurden,[11] wurden sie von mehreren Staaten, darunter der Schweiz, bei der UPR 2024 erneuert.[12]

---

6 OHCHR, OHCHR Assessment of human rights concerns in the Xinjiang Uyghur Autonomous Region, People's Republic of China, 31. August 2022.

7 Ebenda, para. 148.

8 HRC, Report of the Working Group on the Universal Periodic Review: China, A/HRC/56/6, 11. März 2024: https://documents.un.org/api/symbol/access?j=G2403458&t=pdf; Government of China, National report submitted in accordance with Human Rights Council resolutions 5/1 and 16/21; China [A/HRC/WG.6/45/CHN/1], 3 November 2023: https://documents.un.org/api/symbol/access?j=G2322857&t=pdf.

9 Government of China, National report submitted in accordance with Human Rights Council resolutions 5/1 and 16/21: China, A/HRC/WG.6/45/CHN/1, 3. November 2023, para. 19.

10 Universal Periodic Review - China, Saal XX des Palais des Nations, Genf, Dienstag, 23. Januar 2024: Notizen von SFH-Länderanalyse, die beim UPR anwesend war; Deutsche Welle (DW), China grilled over human rights record at UN, 23. Januar 2024: https://www.dw.com/en/china-grilled-over-human-rights-record-at-un/a-68063037; OHCHR, OHCHR Assessment of human rights concerns in the Xinjiang Uyghur Autonomous Region, People's Republic of China, 31. August 2022; UNHRC, Report of the Working Group on Forced or Uncontracted Disappearances, A/HRC/39/46, 30. Juli 2018.

11 Amnesty International (AI), People's Republic of China: Human Rights Situation at New Low, 17. Juli 2023, S. 2: https://www.amnesty.org/en/documents/asa17/6751/2023/en/; CDH, UPR of China (3rd Cycle - 31st session), Thematic list of recommendations, 2018, https://shorturl.at/bjqM9.

12 Universal Periodic Review - China, Saal XX des Palais des Nations, Genf, Dienstag, 23. Januar 2024: Notizen von SFH-Länderanalyse, die beim UPR anwesend war; Statements auf dem UPR-Extranet: https://uprmeetings.ohchr.org/Sessions/45/China/Pages/default.aspx#InplviewHash8dd2b7f8-6e99-4dd6-8c7d-375b62549baa=Paged%3DTRUE-p_SortBehavior%3D0-p_CatOrder%3D1000%252e00000000000-p_FileLeafRef%3DNigeria%252edocx-p_ID%3D104-PageFirstRow%3D100.

Keine Aussicht auf Besserung angesichts der Weigerung Chinas, individuelle Rechte und Freiheiten zu respektieren. Bei der UPR 2024 wurden die Bedenken mehrerer Mitgliedstaaten über das Ausmass der Diskriminierung und der Menschenrechtsverletzungen gegen uigurische Personen und die Verletzung ihrer kulturellen Identität und Sprache von China beiseite gewischt.[13] China unterstützte weder die Empfehlungen von 2018 noch von 2024 zum Schutz der individuellen Rechte und Freiheiten uigurischer Personen.[14] Während der Sitzung behauptete China stattdessen, dass die Bevölkerung in Xinjiang «glücklich» sei.[15] Die UPR vom Januar 2024 verschärfte somit die Besorgnis von NGOs und der Zivilgesellschaft über die anhaltenden weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen gegen die uigurische Gemeinschaft[16] , ohne dass es angesichts der Dementis Chinas Aussicht auf Besserung gab[17] . Darüber hinaus sollen laut einem im *Jamestown Foundation China Brief* veröffentlichten Bericht die «Zwangsarbeitstransfers» uigurischer Personen [im Jahr 2023] sogar «die des Vorjahres übertroffen» haben.[18]

Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe. Mehrere Quellen berichten, dass Menschenrechtsverletzungen, einschliesslich willkürlicher Verhaftungen und Inhaftierungen, gegen uigurische Personen in Xinjiang auch 2023 in erheblichem Umfang stattfanden.[19] Der Bericht des OHCHR von 2022 über die Menschenrechtslage in der Region Xinjiang betont, dass uigurische Personen, die in den von der chinesischen Regierung so genannten «Berufsbildungszentren»[20] inhaftiert sind, Folter und andere Formen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe erleiden.[21] Das *US Department of State* (USDOS) berichtet ebenfalls über Todesfälle von inhaftierten Personen im Zusammenhang mit den Haftbedingungen in Internierungslagern.[22] Laut *Human Rights Watch* (HRW) sollen immer noch rund 500'000 Uiguren und andere

---

13 Government of China, Report of the Working Group on the Universal Periodic Review: China, A/HRC/56/6, 11. März 2024, Para. 20-21.

14 The Guardian, China's human rights record criticised at UN as it faces rare scrutiny of policies, 23 January 2024: https://www.theguardian.com/world/2024/jan/23/china-human-rights-record-criticised-un-faces-rare-scrutiny-of-policies; Universal Periodic Review - China, Saal XX des Palais des Nations, Genf, Dienstag, 23. Januar 2024: Notizen von SFH-Länderanalyse, die bei der UPR anwesend war; HRC, UPR of China (3rd Cycle - 31st session), Thematic list of recommendations, 2018.

15 Universal Periodic Review - China, Saal XX des Palais des Nations, Genf, Dienstag, 23. Januar 2024: Notizen von SFH-Länderanalyse, die beim UPR anwesend war.

16 HRC, Summary of stakeholders' submissions on China, A/HRC/WG.6/45/CHN/3, 20. November 2023: https://documents.un.org/api/symbol/access?j=G2323840&t=pdf.

17 AI, China attempts to 'gaslight' international community at UN human rights review, 23. Januar 2024: https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/01/china-attempts-to-gaslight-international-community-at-un-human-rights-review/.

18 The Jamestown Foundation, Forced Labor in the Xinjiang Uyghur Autonomous Region: Assessing the Continuation of Coercive Labor Transfers in 2023 and Early 2024, 14. Februar 2024: https://jamestown.org/program/forced-labor-in-the-xinjiang-uyghur-autonomous-region-assessing-the-continuation-of-coercive-labor-transfers-in-2023-and-early-2024/.

19 Human Rights Watch (HRW), World Report 2024 - China, 11. Januar 2024: https://www.ecoi.net/en/document/2103179.html; AI, The State of the World's Human Rights; China 2023, 24. April 2024: https://www.ecoi.net/en/document/2107859.html; Freedom House, Freedom in the World 2024 - China, 2024: https://www.ecoi.net/en/document/2105013.html.

20 BBC, Xinjiang: China defends 'education' camps, 17. September 2020: https://www.bbc.com/news/world-asia-china-54195325.

21 OHCHR, OHCHR Assessment of human rights concerns in the Xinjiang Uyghur Autonomous Region, People's Republic of China, 31. August 2022, Para. 70-71, 73-74.

22 US Department of State (USDOS), 2023 Country Report on Human Rights Practices: China, 23 April 2024: https://www.ecoi.net/en/document/2107650.html.

muslimische Personen inhaftiert sein.[23] Mehrere Quellen berichten, dass willkürliche Inhaftierungen und Umerziehungslager darauf abzielen, uigurische Personen und andere muslimische Minderheiten zu zwingen, ihre kulturelle Identität und ihre religiösen Überzeugungen aufzugeben.[24]

Als führende Flüchtlingsorganisation der Schweiz und Dachverband der in den Bereichen Flucht und Asyl tätigen Hilfswerke und Organisationen steht die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) für eine Schweiz ein, die Geflüchtete aufnimmt, sie wirksam schützt, ihre Grund- und Menschenrechte wahrt, ihre gesellschaftliche Teilhabe fördert und ihnen mit Respekt und Offenheit begegnet. In dieser Rolle verteidigt und stärkt sie die Interessen und Rechte der Schutzbedürftigen und fördert das Verständnis für deren Lebensumstände. Durch ihre ausgewiesene Expertise prägt die SFH den öffentlichen Diskurs und nimmt Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Weitere Publikationen der SFH finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen. Der regelmässig erscheinende Newsletter informiert Sie über aktuelle Veröffentlichungen, Anmeldung unter www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter.

[23] HRW, World Report 2024 - China, 11. Januar 2024.

[24] Freedom House, Freedom in the World 2024 - China, 2024; HRW, «Break Their Lineage, Break Their Roots»: China's Crimes against Humanity Targeting Uyghurs and Other Turkic Muslims, 19. April 2024: https://www.hrw.org/report/2021/04/19/break-their-lineage-break-their-roots/chinas-crimes-against-humanity-targeting.